



In Deutschland leben gut 7,8 Millionen schwerbehinderte Menschen. Etwa eine Million von ihnen erhält Eingliederungshilfe, um behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen. Foto: picture alliance / SvenSimon

DROHENDE KÜRZUNGEN BEI DER EINGLIEDERUNGSHILFE

"Es trifft die, die sich kaum wehren können"

Kerstin Scheinert ist halbseitig gelähmt und auf einem Auge blind. Alltag und Beruf bewältigt sie nur mithilfe von Assistenten. Die Sparpläne könnten das ändern.

Esther Geißlinger 21.07.2026 ⌚ 5 Min



Langsam steuert Kerstin Scheinert ihren Elektrorollstuhl durch das "Statt-Café" im Zentrum von Kiel. Regina Hansen, ihre Assistentin, schiebt Stühle aus dem Weg. Das Lokal ist fast leer, es ist kein Problem, mit dem Rollstuhl zu rangieren. Kein Normalfall für Scheinert: Hürden und Barrieren gehören zu ihrem Alltag, sie muss ständig planen: Wo gibt es behindertengerechte Toiletten? Ist ein Ort ohne Stufen erreichbar?

Alltag und Beruf zu bewältigen, gelingt nur mit Unterstützung

"Spontan geht gar nichts", sagt die 52-Jährige. "Aber ich habe keine Lust, mich ständig zu ärgern." Mit Assistenz könne sie Alltag und Beruf gut bewältigen, berichtet die Werkstatträtin, die rund 10.000 Beschäftigte in Schleswig-Holsteins Werkstätten für [Menschen mit Behinderung](#) vertritt.

Gut 7,8 Millionen schwerbehinderte Menschen leben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Deutschland. In Schleswig-Holstein knapp 320.000. Ein Teil, bundesweit etwa eine Millionen Menschen, beantragt Eingliederungshilfe, um behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen - auch wer im Rollstuhl sitzt, gehörlos, blind oder psychisch krank ist, soll seine [Wohnung frei wählen, arbeiten und seine Freizeit gestalten](#) dürfen.

Das gebieten [UN-Behindertenrechtskommission](#) und [Bundesteilhabegesetz](#). Welche Hilfen jemand für Teilhabe braucht, ist sehr unterschiedlich: Mal reicht ein barrierefreies Bad, andere, wie Kerstin Scheinert, brauchen rund um die Uhr Hilfe. Das macht die Sache kompliziert. Und teuer.





Kerstin Scheinert ist seit 2012 Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Werkstattträte in Schleswig-Holstein. Foto: Thomas Eisenkrätzer

helfen aus, Tendenz steigend. "Kein landesspezifisches Phänomen", so Johannes Reimann, Sozialexperte beim Schleswig-Holsteinischen Landkreistag in einer Stellungnahme.

Bundesweit haben sich die Nettoausgaben für die Eingliederungshilfe zwischen 2012 und 2024 von 13,7 Milliarden Euro auf 28,7 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Viele Kommunen bringt das in Finanznot: "Wir brauchen jetzt entweder eine stärkere Kompensation durch den Bund, oder der Gesetzgeber muss Vorschläge machen, wo gespart werden kann", forderte jüngst Marc Elxnat vom Deutschen Städte- und Gemeindebund gegenüber der "Berliner Morgenpost".

In den Kommunen steigen die Ausgaben für Eingliederungshilfe

Das meiste Geld fließt ins Personal. Einen kleinen Teil der jährlichen Milliarde bekommt Regina Hansen, die als Minijobberin des Diakonischen Landesvereins für Kerstin Scheinert arbeitet. Hansen fährt den Rollstuhl-geeigneten Bus, wenn die Werkstattträtin auswärtige Termine hat, und räumt Hindernisse aus dem Weg. Neben Hansen gibt es einen zweiten Assistenten, morgens und abends kommt ein Pflegedienst in ihre Wohnung, der beim Waschen, An- und Ausziehen hilft. "Und wenn ein Termin später endet und ich keinen Pflegedienst für den Toilettengang bekomme, rufe ich meine Mutter an", sagt Scheinert. "Eigentlich bin ich ständig am Handy, um zu regeln, wer wann da ist."

Nicht nur verschiedene Personen, auch verschiedene Geldquellen sind beteiligt: Als Werkstattträtin steht ihr ein Budget zu, als Privatperson ein zweites. Dazu kommen Werkstatt-Lohn und Pflegegeld. "Allein das zu erklären, ist schon kompliziert."

Scheinert bringt Expertise als Betroffene und Werkstattträtin ein

Aufgewachsen ist Scheinert im Hamburger Speckgürtel, machte Abitur und eine Banklehre. Dann passierte der Unfall, der ihr Leben veränderte. Sie deutet an ihren Kopf: "Da habe ich den Schlag gekriegt." Sie erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma, seither ist ihre linke Körperhälfte gelähmt und ihr rechtes Auge blind. Dadurch kann Scheinert nicht laufen, und sie hat Probleme mit dem räumlichen Sehen: "Ich stelle schon mal eine Tasse neben den Tisch."





Foto: Bernhardt Link - Farbtonwerk

„Wir brauchen entweder eine stärkere Kompensation durch den Bund, oder der Gesetzgeber muss Vorschläge machen, wo gespart werden kann.“

Marc Elxnat (Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Als Betroffene und Werkstatträtin, die in den Fachgremien sitzt und Rahmenverträge mitverhandelt, ist sie doppelte Expertin. "Doch längst nicht alle, die Anspruch auf Leistungen haben, erhalten sie auch", sagt sie.

Denn der Weg zur Eingliederungshilfe ist mit Anträgen und sperrigen Fachbegriffen gepflastert: Hilfeplan-Gespräche, Fachleistungsstunden, besondere Wohnformen, Sozialraum, SGB IX. Eine Menge Menschen arbeiten in diesem System, sowohl bei den Anbietern von Hilfen als auch in den öffentlichen Verwaltungen - Menschen, die nicht direkt helfen, wie es Regina Hansen tut, sondern die den Wasserkopf darüber bilden. Auch sie werden aus der Eingliederungshilfe-Milliarde bezahlt.

Nicht alle erhalten die Leistungen, auf die sie Anspruch haben

In Schleswig-Holstein haben mehrere Kreise eine eigene Unterbehörde gegründet, die "Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise", kurz Kosoz, die mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen oder freien Trägern über die Hilfen für Menschen wie Kerstin Scheinert verhandelt. Und zwar "konsensorientiert und partnerschaftlich", heißt es auf der Website. Die, die auf der anderen Tischseite sitzen, schildern es anders. So setze die Kosoz oft Verhandlungen aus, sobald ein Schiedsstellenverfahren anhängig sei, heißt es in der Stellungnahme zu einer Anhörung des Kieler Landtags, der sich zurzeit mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes befasst.

! Das Bundesteilhabegesetz auf einen Blick

♥ Das 2016 beschlossene Gesetz soll die **Teilhabe und Selbstbestimmung von behinderten Menschen** stärken. Es trat schrittweise bis 2023 in Kraft.



🔗 Leistungsberechtigt sind Menschen mit Behinderungen, die „wesentlich in der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt“ sind.

Viele Schwer- und Schwerstbehinderte und ihre Angehörigen scheitern an der Bürokratie. Trotz steigender Kosten, die die Kommunen belasten, berichten Selbsthilfe-Vereine und Träger von Hilfen von einer Unterversorgung. In den Stellungnahmen zur Landtagsanhörung fallen Begriffe wie "dysfunktional", "ungelöst", "problematisch". Die Zugänge zur Hilfe seien "hochschwellig, bürokratisch überladen sowie sehr langwierig", so der Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Mit dem Bundesteilhabegesetz will Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen - eine gesetzliche Verpflichtung.

Betroffene fürchten, dass auf ihre Kosten gespart wird

Doch um die Kosten in den Griff zu bekommen, beschloss die schwarz-rote Koalition eine Überprüfung. ["Wir können nicht unbegrenzt alles bezahlen"](#), betonte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU). Nach einem zweijährigen "Dialog" veröffentlichte das Bundessozialministerium Mitte Juni einen Empfehlungskatalog. Ein Wort steht in den 17 Seiten mehrfach: "pauschal". Das wäre ein Rückschritt von den Gedanken, dass Eingliederungshilfen stets individuell angepasst werden.

Bei den Menschen mit Behinderung kommt vor allem an, dass auf ihre Kosten gespart werden soll. Welche Folgen das konkret habe, könne sie nicht vorhersehen, sagt Scheinert. Es müssten sicher nicht alle ins Heim ziehen, aber die Barrieren würden wieder höher. "Am Schluss trifft es diejenigen, die sich kaum wehren können." Sie selbst sei ohne Assistenz nicht in der Lage, ihre Arbeit als Werkstattträtin zu machen.

MEHR ZUM THEMA



Petition zum Erhalt der Eingliederungshilfe: Kommunen drängen zum Sparen

Abbau von Bürokratie könnte Kosten sparen

Dabei gebe es weit größere Stellschrauben, heißt es in einem Papier der Konferenz der Beauftragten des Bundes und der Länder für Menschen mit Behinderungen. Die Frage dürfe nicht lauten, wie sich bei Einzelnen sparen, sondern wie sich die Bürokratie abbauen ließe. Am Ende solle eine inklusive Gesellschaft ohne kostenintensive Sonderstrukturen stehen.

Weniger Bürokratie auf dem Weg zur Hilfe wünschen sich auch die Betroffenen - nicht nur für sich. "Die Gesellschaft profitiert von Inklusion, sie wird vielfältiger und gerechter", sagt Scheinert. Schließlich könne eine Behinderung jeden jederzeit treffen, so wie es ihr selbst ergangen ist. Auch Ältere oder Eltern mit Kinderwagen wünschen sich stufenlose Eingänge, und die ganze Bevölkerung würde jubeln, wenn der Staat Dokumente in einer verständlicheren Sprache verfassen würde. "Es nervt, [Barrierefreiheit](#) immer wieder erklären zu müssen", sagt sie. Dann rollt sie, mit Regina Hansen an ihrer Seite, zum nächsten Termin.

